



Hauptausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

15. März 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1 **Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3913

- Diskussion.....5
- Ergebnis.....5

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) – 12. Rundfunkänderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3447

- Diskussion.....6
- Ergebnis.....6

3 Staatsverträge über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder zwischen Nordrhein-Westfalen und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu Staatsverträgen
gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/3757

- Ergebnis.....7

4 Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ehrgeizig als Motor für ein handlungsfähiges, bürgernahes und zukunftsfestes Europa nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3504

- Diskussion.....8
- Ergebnis.....10

5 Euregios

auf Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage 14/0986

– Sachstandsbericht der Landesregierung

- Bericht durch Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Michael Breuer 11
- Diskussion 13
- Ergebnis 19

6 Mittel für die interregionale Zusammenarbeit

auf Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage 14/975

- Ergebnis 20

7 Die Europafähigkeit der Schulen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2098

- Ergebnis 21

8 NRW muss europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

- Bericht durch Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten,
Michael Breuer 22
- Diskussion 23
- Ergebnis 25

9 Europa zielorientiert voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3039

- Diskussion26
- Ergebnis33

10 Verschiedenes

- Hinweise des Vorsitzenden34
- Befreiungstatbestände bei der Rundfunkgebührenerhebung34

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NRW) – 12. Rundfunkänderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3447

Vorsitzender Werner Jostmeier schickt voraus, der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sei durch das Plenum am 26. Januar federführend an den Hauptausschuss und an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Mitberatung überwiesen worden.

Er habe für die Sitzung im Februar vorgesehen gehabt, die sich abzeichnende Verfahrensverständigung auf die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu beschließen.

Im Rahmen des für den 8. Februar 2007 einberufenen Sonderplenums und insbesondere nach den Fraktionssitzungen der beiden großen Fraktionen sei bereits unter den Obleuten eine Anhörung verabredet worden.

Die Präsidentin des Landtags habe mit Schreiben vom 27. Februar 2007 zu dieser öffentlichen Anhörung am 27. März 2007, 15 Uhr, eingeladen.

In der letzten Hauptausschusssitzung am 1. März sei demzufolge dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr ausdrücklich aufgeführt gewesen. Auf Wunsch der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehe dieser Tagesordnungspunkt heute noch einmal auf die Tagesordnung, damit die Beschlussfassung zur Durchführung der öffentlichen Anhörung zum Landesmediengesetz sicher bestätigt werden könne.

Er komme dem Wunsch gerne nach und danke schließlich noch einmal den Fraktionen, dass man sich im Rahmen der Sondersitzung des Plenums auf dieses Verfahren habe verständigen können und so eine notwendige Sondersitzung des Hauptausschusses entfallen können.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) weist darauf hin, dass es bei dem Anliegen der Oppositionsverfahren nur darum gegangen sei, hinsichtlich der Ausschussberatungen formal korrekt zu verfahren. Insofern habe es sich um eine reine Fürsorge für das rechtmäßige Zustandekommen eines Gesetzes gehandelt.

Ilka von Boeselager (CDU) weist darauf hin, auch ihre Fraktion habe diese Fürsorge gesehen und deshalb dem Verfahren zugestimmt.

Der **Ausschuss** bestätigt die Verabredung, am 27. März 2007, 15 Uhr, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

